

Bürger für Rheinstetten – Stellungnahme zur Verabschiedung des Haushalts 2019 der Stadt Rheinstetten

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

zehn Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise, neun Jahre nach offenkundig werden der Euro-Krise erreichen die Steuereinnahmen in Deutschland Rekordhöhen, die auch an Rheinstetten nicht vorbei gehen. Um ca. 1,3 Millionen Euro steigt der Anteil an der Einkommenssteuer auf ca. 14,5 Millionen Euro, die Zuweisungen steigen um mehr als eine Million Euro auf ca. 11,6 Millionen Euro und kurz vor Beginn der Haushaltsberatungen wurde bekannt, dass die Kreisumlage gesenkt wird, was für Rheinstetten eine Entlastung von mehr als 500.000 Euro bedeutet. Trotzdem bleibt ein ungutes Gefühl, weil im Grunde genommen jeder spüren kann, dass dies nicht das Ergebnis einer nachhaltigen und soliden Wirtschafts- und vor allem Geldpolitik ist.

Die offiziellen Wirtschaftsdaten gaukeln uns vor, dass alles bestens läuft obwohl ca. 40% der Bevölkerung davon ausgegrenzt sind und beispielsweise Millionen Kleinsparer und -anleger, deren Vermögen nicht von „Black Rock“ verwaltet werden, um Milliardenbeträge und Teile ihrer Altersvorsorge zur Stabilisierung der Finanzwirtschaft und Rettung maroder Banken gebracht wurden und werden.

Im Folgenden werden beispielhaft einige Themenbereiche aus dem Haushaltsplan der Stadt Rheinstetten für 2019 herausgegriffen und besonders betrachtet:

Neue Stadtmitte

Nachdem alle wesentlichen Beschlüsse gefasst sind, liegt das Investorenprojekt „Neue Stadtmitte Rheinstetten“ zur Umsetzung bei der Bauverwaltung. Innerhalb der ca. 17 Millionen Euro geplanten Einnahmen aus Veräußerungen von Grundstücken stellt es den größten Einnahmeposten dar. Bedauerlich ist, dass die Stadt hier alles aus der Hand gegeben hat und ihrer Verantwortung nach bezahlbarem Wohnen nicht gerecht wird. Die Investoren werden hier wie in Nachfragemärkten üblich, unabhängig von realen Kostenkalkulationen den maximal am Markt abschöpfbaren Preis fordern und für sich und ihre Gesellschafter vereinnahmen. Das in den Ausschreibungsunterlagen geforderte nachhaltige Bauen spielt bei der Umsetzung eher eine untergeordnete Rolle. Weder beim Preisgericht, mehrheitlich im Gemeinderat noch bei der Verwaltung wurde und wird dem Thema besondere Beachtung beigemessen. Auswirkungen hat die Neue Stadtmitte offensichtlich schon jetzt auf die laufende Arbeit der Bauverwaltung, da sie umfangreiche Personalkapazitäten zu Lasten anderer Arbeitsgebiete bindet. Z. B können die Planungen für die Sanierung und Erweiterung der Pestalozzi- und Hebelschule im nächsten Jahr nicht begonnen werden.

Bürger für Rheinstetten – Stellungnahme zur Verabschiedung des Haushalts 2019 der Stadt Rheinstetten

Bürger- und Kulturhaus

Für das in der Neuen Stadtmitte vorgesehene Bürger- und Kulturhaus sind ca. 10 Millionen Euro angesetzt. Neben den bisher vorgeschlagenen Nutzungen, fordern einige Mitglieder der CDU-Fraktion neben der neuen Aula im gerade sanierten Schulzentrum einen weiteren größeren Veranstaltungsraum sowie einen neuen „Ratssaal“ für den Gemeinderat mit Fraktionsräumen. Neben den Kosten für die Investition müssen hier auch die Folgekosten für Unterhalt, Bewirtschaftung und Personal diskutiert werden. Als zusätzliches Kriterium für den 2019 vorgesehenen Architektenwettbewerb schlagen wir vor, eine vom Gemeinderat noch zu beschließende und den Wettbewerbsteilnehmern nachzuweisende Kostenobergrenze für das Bürger- und Kulturhaus einzuführen.

Schulentwicklung der Grundschulen

In Forchheim wird das beschlossene Konzept für die Schulentwicklung der Grundschulen umgesetzt und wird in zwei Jahren seinen Regelbetrieb erreichen. Wie schon erwähnt muss Mörsch auf die Umsetzung warten, obwohl die Voraussetzungen von Seiten der Schulbehörde mit dem Zusammenschluss der Pestalozzi- und Albert-Schweitzer-Grundschulen und der Ernennung einer Schulleitung erfüllt sind. Hier wirkt sich offensichtlich die Überlastung der Bauverwaltung aus. Damit werden zumindest für die nächsten Jahre ungleiche Verhältnisse und Benachteiligungen für Familien und Kinder in Mörsch entstehen.

Der Schulbetrieb in der Schwarzwaldschule wird durch die verzögert laufenden Bauarbeiten derzeit über das Zumutbare erheblich gestört. Die Gründe alleine außerhalb der eigenen Verwaltung zu sehen ist eine ziemlich billige Ausrede, entspricht aber einem Muster, das bei Herrn Schrempp immer öfters zu beobachten ist. Je nach Fall kommen das Schulamt, das Regierungspräsidium, das Land oder wenn sonst niemand zur Verfügung steht auch einmal der Gemeinderat, der ja alles entscheidet, als Verantwortliche für eventuelle Misslichkeiten in Frage.

Betreuungsangebote für Kinder

Um mehr als 100.000 Euro steigen die Einnahmen der Stadt aus den Gebühren, die die Stadt für die Nutzung von Betreuungseinrichtungen für Kinder 2019 erheben wird. Weitere Steigerungen für die nächsten Jahre sind bereits beschlossen. Familien sollten dafür wenigstens ein einigermaßen zu ihren Bedürfnissen passendes Angebot erwarten dürfen, das Familien nicht durch kleinliche bürokratische Regelungen in Satzungen, Benutzungsordnungen oder wie auch immer die Regelwerke benannt sein mögen, unnötigerweise gängelt. Die von der derzeitigen Mehrheit im Gemeinderat im Hintergrund bereits abgesprochene Abschaffung des

Bürger für Rheinstetten – Stellungnahme zur Verabschiedung des Haushalts 2019 der Stadt Rheinstetten

Kinderhorts sollte angesichts des pädagogischen Mehrwerts dieser Einrichtung auf jeden Fall nochmals diskutiert und bewertet werden.

Weiterhin ist es erforderlich, das Konzept für die Betreuungsangebote auf stabilere und nachhaltigere Grundlagen zu stellen. Derzeit hinkt die Verwaltung der Entwicklung hinterher und ist hauptsächlich damit beschäftigt durch Schaffung immer neuer Provisorien und Übergangslösungen Löcher zu stopfen, die zusätzliches Geld kosten. Mit planvollem, nachhaltigem Vorgehen hat dies wenig zu tun.

Öffentlicher Nahverkehr in Rheinstetten

Die Zahlungen an den Verkehrsträger für den öffentlichen Nahverkehr in Rheinstetten sind in den letzten Jahren kräftig gestiegen. Im Haushalt 2019 sind mehr als 1,1 Millionen Euro dafür vorgesehen, für die nächsten Jahre sind weitere Steigerungen von 20 bis 30% angekündigt. Warum es angesichts dieses hohen Beitrags nicht möglich sein soll, ein seit Jahren von unterschiedlichen örtlichen Gruppierungen gewünschtes 1-Zonen-Ticket für Rheinstetten einzuführen, muss man nicht wirklich verstehen oder gar Verständnis für irgendwelche „tarifstrukturell“ historisch bedingten Hemmnisse haben. Es ist vielmehr so, dass die Verantwortlichen des Verkehrsträgers auf einem ziemlich hohen Ross sitzen und sich zu wenig als öffentliches Dienstleistungsunternehmen verstehen. Wenn OB Schrempp hier auf Lösungen auf Kreisebene setzt und meint weiter abwarten zu können, zeigt er nicht wirklich Interesse, Lösungen im Sinne der Rheinstettener zu erreichen. Die Nutzung der Restkapazitäten der weniger als halbvoll durch Rheinstetten fahrenden Bahnen und Busse, würde besonders für Schülerinnen und Schüler oder ältere Menschen einen echten „Mehrwert“ darstellen.

Landwirtschaft in Rheinstetten

10.000 Euro Mehreinnahmen aus Verpachtung von ca. 350 ha landwirtschaftlich genutzten Flächen im Eigentum der Stadt plant die Verwaltung 2019 einzunehmen. Damit fällt die seit mehr als 25 Jahren erstmals erfolgte Anpassung der Pachten im Gegensatz zur deutlichen Erhöhung der Gebühren von Kinderbetreuungseinrichtungen äußerst bescheiden aus. Ein Gemeinderat der CDU-Fraktion sprach sich sogar dafür aus, überhaupt keine Pacht von den Landwirten zu verlangen. Insgesamt werden mit den erzielten Pachteinahmen nicht einmal die Kosten von jährlich mehr als 100.000 Euro für die Unterhaltung des Wegenetzes durch die Stadt gedeckt.

Was aber schwerer wiegt ist, dass die Stadt auch in Zukunft darauf verzichtet, auf stadteigenen Flächen den Einsatz von Mitteln wie Herbiziden und Pestiziden, deren langfristige Unbedenklichkeit keineswegs erwiesen ist, zu begrenzen. Die Fraktionen der ehemaligen Volksparteien haben hier konsequente Lobbyarbeit für die

Bürger für Rheinstetten – Stellungnahme zur Verabschiedung des Haushalts 2019 der Stadt Rheinstetten

konventionell betriebene Landwirtschaft geleistet, die eine Hauptursache für den Rückgang der Biodiversität mit Insektensterben und weiteren unabsehbaren Auswirkungen für die Natur darstellt.

Der fortgesetzte Kiesabbau oder der Verkauf von Flächen für Gewerbe können als weitere Beispiele für auf kurzfristige Vorteile zielendes, wenig nachhaltiges Handeln angeführt werden, deren wahre Kosten erst in der Zukunft zu bezahlen sein werden.

Wenig Verständnis haben die auf eine Verbesserung des Stadtklimas oder die Lösung von Parkproblemen zielende Anträge der BfR bei der großen Mehrheit des Gemeinderats gefunden.

Die BfR werden sich weiterhin für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in Rheinstetten auf Grundlage naturverträglicher und nachhaltiger Lösungen, die nicht nur finanzielle Erwägungen beinhalten, einsetzen.

Dem vorliegenden Haushaltsentwurf für 2019 werde ich nicht zustimmen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung möchte ich für ihre Arbeit danken.

Zum Schluss noch eine Anmerkung zur Haushaltsstellungnahme 2018 der CDU-Fraktion in der Gemeinderat Franz Becker unterschwellig den Vorwurf des „Mobbings“ erhob, ohne dies mit irgendwelchen Tatsachen zu belegen. Auf eine Nachfrage hin hat die Verwaltung schriftlich mitgeteilt, dass es derartige Vorkommnisse nicht gab, die Verdächtigungen also haltlos sind. Weder Herr Becker noch die CDU-Fraktion haben sich dafür bei den übrigen Mitgliedern des Gemeinderats entschuldigt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

O. Deck